

Hilscher, Rita (2006). Die Hilfeplanung bei den Hilfen zur Erziehung nach dem KJHG – eine Untersuchung zu Möglichkeiten der Kooperation und Adressatenbeteiligung. Evangelische Fachhochschule Darmstadt, Fachbereich A: Masterarbeit im Studiengang Psychosoziale Beratung.

## **Zusammenfassung**

Vor mehr als 15 Jahren wurde das KJHG ( heute SGB VIII ) verabschiedet. Von der Fachöffentlichkeit wurde dies damals als Ereignis gefeiert, mit dem der Perspektivenwechsel und grundlegende Wandel der Jugendhilfe Gesetzeskraft erlangt hatte. Eine gewisse Skepsis war hingegen auch noch im Jahre 2000 der Fachliteratur anzumerken, wenn es um Fragen der praktischen Umsetzung ging. Diese Skepsis bezog sich nicht zuletzt auf die Hilfen zur Erziehung und die Hilfeplanung.

Vor diesem Hintergrund beschäftigt sich meine Master-Thesis mit der grundlegenden Zielrichtung und den Verfahrensvorstellungen des KJHG im Zusammenhang mit der Hilfeplanung bei den Hilfen zur Erziehung. Die Schwerpunkte liegen bei den Fragen nach der Kooperation der Fachkräfte und der Betroffenenbeteiligung.

Hierzu wurden aus der Fachliteratur Hypothesen gebildet und diese schließlich anhand einer qualitativen Befragung von MitarbeiterInnen eines hessischen Jugendamtes überprüft. Die Befragung wurde als leitfadengestütztes Interview (Face-to-face-Interview) mit acht Fachkräften des ausgewählten Jugendamtes im Mai 2000 durchgeführt. Alle Interviews wurden aufgezeichnet (insgesamt 372 Minuten Bandaufnahme) und anschließend abgeschrieben (106 Seiten). Die Auswertung der Interviews erfolgte nach der Methode der strukturierten Inhaltsanalyse nach Mayring. Zunächst wurde ein theoretisch begründetes Kategoriensystem entworfen, das anhand des empirischen Materials modifiziert wurde. Alle Interviews wurden in Sinnabschnitte zerlegt, die dann dem Kategoriensystem zugeordnet wurden. Anschließend wurden für alle Kategorien Zusammenfassungen verfasst. Die Zusammenfassungen wurden dann zur Überprüfung der Hypothese herangezogen. Dabei zeigten sich folgende Ergebnisse:

### **These 1: Das Verfahren der Hilfeplanung hat sich bewährt.**

Die MitarbeiterInnen des untersuchten Jugendamtes zeigten im Gegensatz zu der in der Fachliteratur verbreiteten Skepsis, dass sie den Geist des KJHG verstanden und verinnerlicht hatten und in die Praxis umzusetzen versuchten. Die Hilfeplanung wurde als Instrument bewertet, das den Planungsprozeß strukturiert, Transparenz und Partizipation gewährleistet und damit eine qualifizierte Planung überhaupt erst möglich macht. Hilfeplanung wurde als praxistauglich und praktikabel, gleichzeitig aber auch als zeit- und personalintensiv beschrieben.

### **These 2: Eine konstruktive Zusammenarbeit der Fachkräfte ist Voraussetzung für gelingende Hilfeplanung. Konkurrenz zwischen den Fachkräften erschwert die Hilfeplanung erheblich.**

Kooperation mit anderen Fachkräften innerhalb und außerhalb des Jugendamtes waren für die Befragten zum Wohle der jeweiligen Kinder, Eltern oder sonstiger Adressaten der Hilfe eine Selbstverständlichkeit. Allerdings wurde die Kooperation der Fachkräfte insbesondere durch unflexible Strukturen von Einrichtungen und durch gelegentliche Konkurrenz- und Kompetenzprobleme erschwert.

### **These 3: Die im KJHG festgelegte Beteiligung der Adressaten der Hilfe an der Hilfeplanung wird in der Praxis im untersuchten Jugendamt nicht immer eingehalten.**

Die Partizipation der Adressaten der Hilfe wurde nicht nur als lästige Pflichtübung betrachtet, sondern als demokratisches Prinzip und Schlüssel zur Wirksamkeit der Hilfen begriffen. Die Vorstellung, nur als Kontrollbehörde gesehen zu werden, die über die Köpfe der Betroffenen hinweg entscheidet, wurde von allen MitarbeiterInnen klar abgelehnt. Die befragten KollegInnen sahen ihr Jugendamt vielmehr als Informations-, Beratungs- und Hilfestelle, die gemeinsam mit ratsuchenden Familien nach Lösungen für krisenhafte Situationen suchten und mit dem Instrumentarium der Hilfen zur Erziehung praktische Unterstützung dabei anbieten konnten.

**These 4: Der Grad der Beteiligung hängt davon ab, inwieweit die Adressaten der Hilfe a) die Hilfe annehmen wollen oder nicht annehmen wollen und b) die Hilfe annehmen können.**

Grenzen der Beteiligung wurden sichtbar, wenn die Betroffenen nicht an Beteiligung interessiert oder nicht dazu in der Lage waren. Wenn nötig handelte hier das Jugendamt auch als Institution, die sich um den Schutz von Kindern und Jugendlichen kümmerte und Entscheidungen auch gegen die Eltern durchsetzte. Insgesamt zeigte sich auch, dass immer wieder nach neuen Beteiligungsformen gesucht wurde.

**These 5: Je mehr die Adressaten der Hilfe an der Hilfeplanung beteiligt sind und je transparenter die Hilfeplanung durchgeführt wird, desto größer sind die Chancen, dass Hilfen angenommen werden.**

Sofortige Kontaktaufnahme, Transparenz, ständige Einbeziehung und Informationsaustausch auch bei schwierigen Sachverhalten, Offenheit der Diskussionsprozesse, Beziehungsarbeit, Vertrauen, authentisches Verhalten und Gesprächsbereitschaft wurden als Indizien für die Beteiligung und das Gelingen von Hilfen benannt.

Insgesamt konnte mit der Arbeit gezeigt werden, dass Zielvorstellungen und Verfahrensvorgaben des KJHG (SGB VIII) in dem befragten Jugendamt weitgehend umgesetzt wurden. Allerdings zeigten sich auch Grenzen der Partizipationsmöglichkeiten. Der Praxisforschung kommt nach wie vor die Aufgabe zu, den Stand der Umsetzung des KJHG (SGB VIII) zu analysieren und zu evaluieren. Hierzu sollte diese Arbeit einen Beitrag leisten. Es wäre interessant, die hier vorgeschlagene Forschungsmethode auch bei anderen Jugendämtern anzuwenden und parallel dazu eine Befragung der Adressaten der Hilfen und bei Einrichtungen der Jugendhilfe durchzuführen.

## **Abstract**

More than fifteen years ago, the KJHG (Child and Youth Services Act; now SGB VIII (Social Code VIII)) was passed. The professional public celebrated this as a major event, which gave legal validity to the change of perspective and fundamental transformations of youth welfare services. A certain skepticism regarding the practical implementation was however to be found in professional writings as late as by the year 2000. This skepticism referred after all also to child-rearing support and support planning.

Against this background, my master's thesis is concerned with the KJHG's fundamental objectives and view of procedures in connection with support planning for child-rearing aid. The emphasis is on the questions of the cooperation of professionals and of the participation by the affected persons.

For these ends, hypotheses were formed on the basis of the technical literature and eventually verified through a qualitative survey taken among the staff of a Hessian youth welfare office. The survey was conducted as a guided face-to-face interview of eight professional members of the office's staff in May 2000. All of these interviews were recorded (altogether 372 minutes of tape recordings) and subsequently transcribed (106 pages).

The assessment of the interviews was performed according to the method of structured content analysis by Mayring. Firstly a theoretically founded system of categories was conceived, which was modified a number of times according to the empirical data. All interviews were divided into sections of meaning, which were then assigned to the system of categories. Summaries were subsequently written for every category. These summaries were used to verify the hypotheses. In this process the following results arose:

**Thesis 1: The procedure of support planning has proved a success.**

The staff at the surveyed youth welfare office showed, in contrast to the widespread skepticism in professional writings, that they had understood and internalized the KJHG's spirit and were trying to put this into practice. Support planning was deemed an instrument that structures the planning process, ensures transparency and participation and thereby makes qualified planning possible in the first place. Support planning was described as feasible and adequate for professional practice, but at the same time as demanding on time and human resources.

**Thesis 2: A constructive cooperation of professional personnel is the prerequisite for successful support planning. Competition between the professionals severely interferes with support planning.**

Cooperation with other professionals from within or without the youth welfare office for the benefit of the respective children, parents or other addressees was a matter of course for the respondents. This cooperation was however impeded especially by inflexible structures of institutions and by occasional problems of competition and competence.

**Thesis 3: The involvement of the support's addressees in support planning that is prescribed by the KJHG is not always put into practice by the studied youth welfare office.**

The participation of the support's addressees was not merely seen as a vexatious matter of duty, but rather comprehended as democratic principle and key to the effectiveness of the aid. The notion of only being seen as controlling agency that decides over the heads of the affected persons, was clearly refuted by the office's staff. The questioned colleagues rather saw their institution as information-, counseling and support-site, which sought solutions for crisis-ridden situations together with the aid-seeking families and there could provide practical help through the instruments of child-rearing support.

**Thesis 4: The degree of participation is dependent on the willingness of the support's addressees a) to accept or not to accept help and b) their capability to accept support.**

Limits of participation became apparent when the affected persons were not interested in participation or were not capable to participate. If necessary, the youth welfare office here acted as an institution entrusted with the protection of children and adolescents, which also asserts decisions against the parents' will. In total, one could perceive that new means of participation were sought all of the time.

**Thesis 5: The more the support's addressees are involved in support planning and the more transparently support planning is conducted, the greater the chances for an acceptance of aid.**

Immediate establishment of contacts, transparency, permanent involvement and exchange of information even with complicated issues, openness of discursive processes, relation-building work, authentic behavior and readiness for discussions, were denominated as an indication of participation and the success of aid.

On the whole, the thesis shows that the intended objectives and procedural rules of the KJHG (SGB VIII) were to a large extent put into practice in the examined youth welfare office. Nevertheless, the limits of opportunities for participation became evident as well. Practical research still has the task to analyze and evaluate the state of implementation of

the KJHG (SGB VIII). This paper was meant to contribute to this task. It would be interesting to employ the research method that is proposed here at other youth welfare offices and simultaneously to conduct surveys among the addressees of the support and among institutions of youth welfare services.